

rede „fester Mann“ für einen Adeligen ohne Ritterwürde, dem der Titel „Herr“ nicht zusteht. Offiziere der Garde du Corps (nicht des, S. 353 und passim); *modo* (nicht *moda*, S. 474); *Pour-le-mérite* stets groß zu schreiben (statt wechselnd, passim). Zu S. 562, letzter Absatz, kann ergänzt werden, daß die älteste Tochter (Rufname: Mathilde) als Witwe des Generals von Winterfeldt am 4. April 1900 gestorben ist und ein silbernes Schmuckkästchen mit „M. v. B.“ an ihre Tochter Elisabeth vererbte. Diese lebte in Darmstadt lange Jahre mit ihrer Freundin Marie von Grolman, Ehrendame der letzten Großherzogin Eleonore und Schwester meiner väterlichen Großmutter, zusammen. Sie starb 1919, meine Großtante 1920 und hinterließ das von jener übernommene Stück meiner Mutter: Martha von Brockhusen, wozu nun das Monogramm wieder paßte! — Das zweimal hier (S. 562) erwähnte Seydlitzsche Gut heißt Leipnitz (nicht Leipitz). Die jüngere Tochter rief man Pauline.

Es ist bedauerlich, daß durch den Zeitmangel bei Niederschrift und Druck die Korrekturen unterblieben und jetzt nachzutragen sind. Ansonsten bleibt der Wert der Gesamtdarstellung ungeschmälert.

Marburg a. d. Lahn

Hans Joachim v. Brockhusen

**Staatsgründungen und Nationalitätsprinzip.** Unter Mitwirkung von Peter Alter herausgegeben von Theodor Schieder. (Studien zur Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, Abhandlung der Forschungsabteilung des Historischen Seminars der Universität Köln, Bd 7.) R. Oldenbourg Verlag. München, Wien 1974. 196 S.

Im Oktober 1971 beschäftigte sich eine Tagung, zu der die Forschungsabteilung des Historischen Seminars der Universität Köln eingeladen hatte, mit den Problemen, vor die sich die Forschung durch die seit knapp 200 Jahren üblich gewordene Legitimierung von Staatsgründungen durch das Nationalitätsprinzip gestellt sieht. Es war der Zweck der Tagung, möglichst zahlreiche Aspekte des Phänomens „Nationalstaat“ zu behandeln, und diesem Vorhaben kam es sehr zustatten, daß es gelang, grundsätzliche Erörterungen in methodisch fruchtbarer Weise mit der Darstellung ausgewählter Einzelbeispiele zu verbinden: nur ein solches induktives Verfahren läßt es nämlich als möglich erscheinen, die gängige These von der nationalen Wurzel der modernen Staaten auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen. Die Referate, die damals in Köln gehalten wurden, und die wichtigsten Teile der Diskussion liegen nun im Druck vor.

Bei den Lesern der „Zeitschrift für Ostforschung“ kann vor allem für vier Beiträge Interesse erwartet werden. Günther Stökl sprach über das Nationalitätenproblem im Entstehungsprozeß der Sowjetunion und betonte den ausschließlich pragmatischen Charakter der Zusicherungen, die den nichtrussischen Völkern des Zarenreiches von den Bolschewisten in der Frühphase der Revolution gegeben worden waren (S. 73—83). Kalervo Hovi (Turku) verneinte die Frage, ob in der weiteren Vorgeschichte der finnischen Unabhängigkeit das Nationalitätsprinzip entscheidend gewesen sei (S. 57—64). Hans Lemberg gab einen materialreichen Bericht darüber, welche Vorstellungen es im 19. und frühen 20. Jh. bei den damals staatslosen Polen über den inneren Aufbau, den territorialen Umfang und die außenpolitische Orientierung eines künftigen polnischen Staates gegeben hat, und machte dabei auf den engen Zusammenhang aufmerksam zwischen den sich in dieser Phase bildenden politischen Parteien und den von diesen jeweils vertretenen Programmen (S. 85—104). Ulrich Scheuner schließlich zeigte in seinem rechtshistorischen Beitrag, daß die Berufung auf die Nation allein niemals genügt habe, um den Mitgliedern der

Völkerrechtsgemeinschaft gegenüber die Entstehung eines neuen Staates hinreichend zu rechtfertigen; seit dem Zweiten Weltkrieg werde im übrigen bei Staatsgründungen das nationale Postulat immer mehr verdrängt durch das umfassender, „politischer“ verstandene Prinzip der Selbstbestimmung (S. 9—37).

Andere Vorgänge in der europäischen Geschichte waren der Gegenstand von zwei weiteren Vorträgen. Domna Visvizi-Dontas (Athen) untersuchte die bei der Entstehung des modernen Griechenland dominierend gewesenen nationalen Vorstellungen (S. 113—125), und Jacques Willequet (Brüssel) machte in seinem Bericht über die Anfänge des belgischen Staates nicht nationale, sondern wirtschaftliche Motive für den Abfall der südlichen Provinzen vom Königreich der Vereinigten Niederlande im Sommer 1830 verantwortlich (S. 47—55). Drei Beiträge waren schließlich dem Tagungsproblem in außereuropäischen Kulturen gewidmet: Staatsbildungen und nationales Bewußtsein in Lateinamerika (Ricardo Krebs; S. 161—182), Indien (Dietmar Rothermund; S. 153—160) und Afrika (Franz Ansprenger; S. 131—152).

Referate wie Diskussion führten zu dem Ergebnis, daß das Nationalitätsprinzip in seiner Gültigkeit eingeschränkt werden müsse; zumindest sei es sehr schwierig, die Entstehung neuer Staaten monokausal auf das Vorhandensein von Nationen zurückzuführen. Dieses Resultat der Tagung war nicht so sehr die Folge davon, daß immer wieder Einflüsse festgestellt wurden, die im nationalen Sinn neutral sind: machtpolitisch-diplomatische Überlegungen sowie ideologische und wirtschaftliche Interessen. Entscheidend war vielmehr die Einsicht, daß es keinen Nationsbegriff gibt, der in gleicher Weise auf alle Großgruppen zutrifft, deren Angehörige sich als Nation verstehen oder von außen her als eine solche Nation bezeichnet werden. Die uns noch immer vertraute Vorstellung von der kulturell-sprachlich und gesellschaftlich, aber noch nicht politisch konstituierten, also „staatslosen“, Nation als Voraussetzung für die Entstehung eines neuen Staates — eine Vorstellung, die wir aus der historischen Wirklichkeit des östlichen Mitteleuropa gewonnen haben — genügt jedenfalls nicht mehr.

Köln

Peter Burian

**Tradition und Neubeginn.** Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Referate und Diskussionen eines Symposiums der Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg, veranstaltet vom 10. bis 15. September 1974 in Bad Brückenau. Hrsg.: Joachim Hütter, Reinhard Meyers, Dietrich Papefuss. Carl Heymanns Verlag. Köln, Berlin, Bonn, München 1975. X, 565 S.

Die Humboldt-Stiftung gibt ausländischen Wissenschaftlern, die bereits über einige Erfahrung in Forschung und Lehre verfügen, die Möglichkeit, zu längerem Studienaufenthalt nach Deutschland zu kommen. Im Spätsommer 1974 wurden Historiker, die Stipendiaten der Stiftung gewesen waren oder noch sind, zu einer Tagung eingeladen, auf der sie gemeinsam mit deutschen Kollegen Fragen ihres Fachs, vornehmlich aus der jüngsten deutschen Geschichte, behandelt haben. Die auf dieser Zusammenkunft gehaltenen Vorträge — entgegen dem Titel jedoch nicht die Diskussion — werden nun im Druck vorgelegt.

Wohl nicht nur für die Leser der „Zeitschrift für Ostforschung“ ist der wissenschaftliche Ertrag dieser Veröffentlichung gering. Das liegt nicht allein daran, daß von den 40 Beiträgen nur wenige den Umfang von 8—10 Seiten überschreiten, so daß eine eingehende Beschäftigung mit dem einzelnen Thema